

Stand: 06.07.2026 09:01:15

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/12034

"Glyphosat aus Kläranlagen - Forschung intensivieren für vorsorgenden Gewässerschutz"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/12034 vom 19.05.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/12630 des UV vom 11.06.2026



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Martin Rosenberger, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Johanna Schramm, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer, Dr. Andrea Behr, Franc Dierl, Leo Dietz, Thomas Holz, Dr. Petra Loibl CSU

Glyphosat aus Kläranlagen – Forschung intensivieren für vorsorgenden Gewässerschutz

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich auf Bundesebene für eine verstärkte Auseinandersetzung mit dem Waschmittelzusatz Diethylentriaminpentakis(methylenphosphonsäure) (DTPMP) und dessen potenziellen Umweltauswirkungen – insbesondere auf Gewässer – durch die vermutete Bildung von Glyphosat in Kläranlagen und Abwasserkanälen einzusetzen.
- sich hierzu für ein Forschungsvorhaben des Bundes zum Monitoring von DTPMP und dessen potenziellem Abbauprodukt Glyphosat in gereinigten Abwässern aus repräsentativ ausgewählten Kläranlagen unterschiedlicher Ausbaugröße und unter differenzierter Betrachtung von Haushalts- und Industrieabwässern sowie der dazugehörigen Kanalnetze stark zu machen. Dabei soll die landwirtschaftliche Bewirtschaftung von Flächen als Eintragsquelle von Glyphosat in Gewässer neu evaluiert werden.
- dem Landtag parallel über den bisherigen Kenntnisstand zum Eintrag von Glyphosat aus Abwässern in Gewässer und den möglichen Zusammenhang mit Waschmittelzusätzen zu folgende Fragen zu berichten:
 - Welche Erkenntnisse liegen zur Herkunft von Glyphosاتفunden in Flüssen und Seen vor, insbesondere in Gewässern mit geringer oder fehlender landwirtschaftlicher Nutzung im Einzugsgebiet?
 - Welche Bedeutung kommt dabei möglichen Einträgen über kommunale Abwasser und Kläranlagen zu?
 - Welcher weitere Prüf- oder Handlungsbedarf besteht im Bereich des Gewässerschutzes und der Stoffbewertung, der ggf. auch im Zuge des angestrebten Bundes-Forschungsvorhabens adressiert werden könnte?

Begründung:

Aktuelle Berichte zu Untersuchungen, unter anderem von Forschenden der Universität Tübingen, weisen darauf hin, dass Glyphosat in bayerischen Gewässern nicht nur aus der Landwirtschaft stammen könnte. Messungen zeigen auch fernab landwirtschaftlicher Nutzung ganzjährig erhöhte Werte.

Zur Klärung der Herkunft dieser Einträge wurden über einen längeren Zeitraum Proben bei kommunalen Kläranlagen untersucht. Dabei rückt zunehmend der mögliche Einfluss von Wasch und Reinigungsmitteln in den Fokus, insbesondere von phosphonathaltigen Zusatzstoffen wie DTPMP, die in vielen handelsüblichen Produkten enthalten sind.

Vor diesem Hintergrund besteht ein erhebliches öffentliches Interesse an einer sachlichen, wissenschaftlich fundierten Einordnung der Ursachen von Glyphosاتفunden in Gewässern. Ziel des Antrags ist es, die tatsächlichen Eintragspfade differenziert zu betrachten, um Umweltpolitik, Gewässerschutz und gesellschaftliche Debatten auf eine belastbare Faktenbasis zu stellen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

**Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER),
Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU
Drs. 19/12034**

Glyphosat aus Kläranlagen - Forschung intensivieren für vorsorgenden Gewässerschutz

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatlerin: **Marina Jakob**
Mitberichterstatlerin: **Anna Rasehorn**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 39. Sitzung am 11. Juni 2026 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Alexander Flierl
Vorsitzender